



## Gründung Bündnis Energieausweis

Gründung Bündnis Energieausweis  
Eine Initiative von ASUE, BVF, DENEFF, DMB, eaD, ESN, ITG, NABU, TÜV und VdZ  
Der bisherige Energieausweis ist weit hinter seinen Erwartungen als klimapolitisches Instrument zurück geblieben. Zum einen existieren derzeit parallel der Bedarfsausweis und der Verbrauchsausweis, zudem sind bei dem Bedarfsausweis verschiedene Berechnungsmethoden möglich. Die Ergebnisse sind untereinander in keiner Weise vergleichbar. Zum anderen lässt die Verbraucherfreundlichkeit beim Design und die Aussagekraft des derzeitigen Ausweises zu wünschen übrig. Eigentümer und Mieter können mit der Darstellung nur wenig anfangen und auch die Aussagekraft des Bandtachsos ist nicht nur in Fachkreisen umstritten.  
Der Ausweis in der jetzigen Form bietet weder verlässliche Ergebnisse über das energetische Niveau des jeweiligen Gebäudes, noch ist er von den Verbrauchern als Instrument angenommen worden. Wer fragt bei Kauf oder Anmietung schließlich wirklich nach dem Energieausweis?, so der Sprecher des Bündnisses Energieausweis und Geschäftsführer des Branchenverbandes VdZ, Dr. Michael Herma. Michael Geißler, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e.V. (eaD), fügt hinzu: "Der neue Gebäudeenergieausweis soll das Bewusstsein dafür schärfen, dass jede verschwendete Kilowattstunde Energie auch eine Verschwendung finanzieller Ressourcen ist. Nur wenn Eigentümer und Mieter über den energetischen Zustand ihres Hauses fachlich korrekt und zuverlässig informiert sind, kann es ein Umdenken hin zu mehr Wirtschaftlichkeit bei der Energiebereitstellung und -nutzung geben".  
Unter Berücksichtigung des enormen Energieeinsparpotenzials im Gebäudesektor darf ein so vielversprechendes Instrument nicht ungenutzt bleiben. Deswegen haben sich die Partnerverbände zum "Bündnis Energieausweis" zusammengeschlossen, um das Thema Energieausweis auf die politische Tagesordnung zu setzen.  
Das Bündnis fordert eine Abkehr vom Dualismus des Bedarfs- und Verbrauchsausweises hin zum reinen Bedarfsausweis, mit einem einheitlichen Berechnungsverfahren. "Der Energieausweis soll bei Hauseigentümern und Mietern für Transparenz sorgen, vergleichbare Ergebnisse zur energetischen Beschaffenheit des Gebäudes liefern und rechtlich belastbar sein", so NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Nur so könne er als Grundlage für Rechtsgeschäfte, für Fördermittel oder andere verbindliche Aussagen dienen und einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.  
Des Weiteren fordert das Bündnis Effizienzklassen, um dem Nutzer einen klaren Überblick zu dem Zustand des Gebäudes zu geben. "Die Darstellung als Bandtacho ist einfach nicht verbraucherfreundlich. Effizienzklassen, wie sie von Elektrogeräten bekannt sind, eignen sich aus unserer Sicht besser, weil der Verbraucher mit dem System bereits vertraut ist und sein Konsumverhalten danach orientiert. Wir möchten einen Ausweis, der jedem auf einen Blick zeigt, wie es um die Energieeffizienz seines Hauses bestellt ist und wo diese im Vergleich zu anderen einzuordnen ist", sagt Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes.  
Der vom Bündnis vorgestellte Ausweis informiert über den energetischen Zustand des Gebäudes und gibt dem potentiellen Käufer oder Mieter die Möglichkeit, die künftigen Wohnkosten, neben der Miete und sonstigen Nebenkosten auch die Heizkosten, realistisch abzuschätzen. Investoren wird die Bewertung von Gebäuden und damit die Risikoabschätzung für Investitionen erleichtert. Dem Eigentümer wiederum werden Energiesparpotentiale und wertsteigernde Effekte des Gebäudes aufgezeigt, die einen Modernisierungsanreiz auslösen. Hiervon erwartet sich das Bündnis Impulse für den lahmenden Sanierungsmarkt. Carsten Müller von der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF) hierzu: "Energieeffizienz ist bereits heute ein wesentlicher Job- und Wachstumsmotor und entscheidend für ein Vorankommen der Energiewende. Die Sanierungsquote bleibt aber weit hinter den politisch gewünschten und ökonomisch sinnvollen Zielen zurück. Wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft bleiben aus, stattdessen kaufen wir weiter fleißig Öl und Gas von Putin und den Scheichs."  
Auch die Politik wird von einer einheitlichen Bewertungsgrundlage, die eine Vergleichbarkeit innerhalb des Gebäudebestands möglich macht, profitieren. Der Vorschlag ist ein adäquates Werkzeug, um die Energiewende im Gebäudesektor mit voranzubringen. "Wir sehen unseren Vorschlag zum Energieausweis als wichtiges Thema im Wahlkampf. Ziel der Bündnispartner ist es aber einen langfristigen Anstoß zur Erneuerung des Energieausweises zu geben. Dieses System ist bereits in einigen anderen Ländern gut angenommen worden, hier darf Deutschland nicht den Anschluss verpassen", sagt der Sprecher des Bündnisses Dr. Michael Herma und lädt alle Interessenten ein, sich an dem Bündnis zu beteiligen.  
Der Gebäudebestand bietet hohe Effizienzpotentiale, die für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende abgerufen werden müssen. So werden 40 Prozent der Energie in Deutschland in Gebäuden verbraucht. Drei Viertel des Gebäudebestandes wurden vor der ersten Wärmeschutzverordnung 1979 errichtet. Diese Gebäude sind oft gar nicht oder kaum energetisch saniert. Ohne energetische Sanierung wird es keine Energiewende geben.  
Es ist aus Sicht des Bündnisses Energieausweis höchste Zeit, den Energieausweis sinnvoll zu optimieren!  
Partner in alphabetischer Reihenfolge:  
ASUE - Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch e.V.  
BVF Bundesverband Flächenheizungen und Flächenkühlungen e.V.  
DENEFF Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V.  
DMB Deutscher Mieterbund e.V.  
eaD - Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen Deutschlands e.V.  
Energiesparnetzwerk ESN GmbH  
ITG Institut für Technische Gebäudeausrüstung Dresden GmbH  
NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.  
TÜV Technische Überwachung Hessen GmbH  
VdZ - Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik e.V.  
Deutscher Mieterbund e.V.  
Littenstraße 10  
10179 Berlin  
Telefon: 030 / 2 23 23 - 0  
Telefax: 030 / 2 23 23 - 100  
Mail: info@mieterbund.de  
URL: <http://www.mieterbund.de/>

## Pressekontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/  
info@mieterbund.de

## Firmenkontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/  
info@mieterbund.de

Aufgaben und Ziele Der Schwerpunkt der Tätigkeit der örtlichen Mietervereine ist die unmittelbare Interessenvertretung der Mieter. Dazu gehören zum

Beispiel die Rechtsberatung und Hilfe bei Mietstreitigkeiten. Beraten und geholfen werden darf aber nur Mitgliedern der Mietervereine, so schreibt es das Gesetz vor. Viele Mietervereine bieten darüber hinaus auch Prozesskostenschutz durch eine Rechtsschutz-Versicherung. Zweiter Aufgabenschwerpunkt der Mietervereine ist die Mitwirkung an der kommunalen Wohnungspolitik und bei städtebaulichen Maßnahmen. Mietervereine verstehen sich hier als Sprachrohr aller Mieter. Sie nehmen als Sachverständige kritisch Stellung, geben Anregungen und weisen auf Probleme hin. Als Kenner des örtlichen Wohnungsmarktes erfüllen sie die ihnen gesetzlich zugewiesene Aufgabe, an der Aufstellung so genannter Mietspiegel mitzuwirken, die große Bedeutung im Mieterhöhungsverfahren für frei finanzierte Wohnungen haben und die Transparenz über die aktuellen Mietpreise schaffen. Der Mitgliedsbeitrag bei den örtlichen Mietervereinen beträgt zur Zeit zwischen 40 und 90 Euro jährlich. Die Höhe hängt vom Leistungsangebot und dem Grad der Professionalisierung des Mietervereins ab. Im Mittelpunkt der Arbeit der Landesverbände und des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieter. Der Deutsche Mieterbund ist fachlich anerkannter Gesprächspartner für Gesetzgeber und Verwaltung, der zu allen wesentlichen Gesetzgebungsmaßnahmen im Bereich Bauen und Wohnen gehört wird. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht die Erhaltung und der Ausbau des sozialen Mietrechts (Mieterschutz). Kernstücke dieses sozialen Mietrechts sind der Schutz des Mieters vor willkürlicher Kündigung und der Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Der Deutsche Mieterbund tritt ein für bezahlbare Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein ausreichendes Wohnungsangebot, insbesondere auch für die Beibehaltung und stetige Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Daneben sind Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, Maklerrecht, Nebenkosten, Heizkostenverordnung und Umweltfragen Bereiche, zu denen der Deutsche Mieterbund Vorschläge erarbeitet und kritisch Stellung nimmt. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über miet- und wohnungsrechtliche Fragen. Bei mehr als 20 Millionen Wohnraum-Mietverhältnissen ist das Mietrecht von größter praktischer Bedeutung. Andererseits haben gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung zu Einzelfragen einen Umfang angenommen, der für den Laien, Mieter oder Vermieter, nur schwer zu überschauen ist. Der Deutsche Mieterbund deckt das Informationsbedürfnis ab durch regelmäßige Veröffentlichungen über die Massenmedien, eine Vielzahl von ständig aktualisierten Aufklärungsbroschüren sowie die zweimonatlich erscheinende MieterZeitung und die mietrechtliche Fachzeitschrift "Wohnungswirtschaft und Mietrecht".